

## **Interfraktionelle Motion Fraktion GB/JA!, GFL/EVP (Regula Tschanz, GB / Janine Wicki, GFL): Bern klimaneutral bis 2035**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, in der nächsten Klima- und Energiestrategie die Zielsetzung festzuschreiben, dass die Stadt Bern bis 2035 klimaneutral wird, sowie entsprechende Massnahmen zu verankern.

### **Begründung**

Die Klimaerwärmung ist weiterhin eine der grössten Herausforderungen der Menschheit. Die Auswirkungen des Klimawandels und der Erderwärmung sind weltweit spürbar. Das auch von der Schweiz unterzeichnete Abkommen der Klimakonferenz COP21 von Paris bezweckt, den globalen Anstieg der Temperaturen auf weniger als zwei Grad zu begrenzen.

Beim Klimaschutz kommt den Städten eine besondere Verantwortung zu: Städte sind für 70 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Oft genannte Musterschülerin für einen ambitionierten Klimaschutz ist Kopenhagen. Die Stadt will bereits 2025 «carbon neutral» und damit die weltweit erste klimaneutrale Hauptstadt werden. «Klimaneutral» ist eine Stadt dann, wenn sie einen Ausstoss von Treibhausgasen erzeugt, der das Weltklima unterhalb der Schwelle einer Erwärmung von 2 Grad halten kann.<sup>1</sup> Der Klimaplan<sup>2</sup> Kopenhagens definiert dafür Ziele in den vier Schlüsselbereichen Energieverbrauch, Energieproduktion, Mobilität und städtische Verwaltung und richtet sich auf eine enge Zusammenarbeit mit Akteuren aus Forschung und Wirtschaft aus. Mit seinen Bestrebungen steht Kopenhagen nicht alleine da. Berlin will bis 2050 klimaneutral werden, und auch Stockholm und Amsterdam haben konkrete Klimaneutralitätspfade vereinbart.

Mit dem Richtplan Energie und der Energie- und Klimastrategie hat die Stadt Bern zwar gute Grundlagen geschaffen, um den Energieverbrauch und den Ausstoss von Treibhausgas zu senken – jedoch in (zu) gemütlichem Berner Tempo. Bern hat aufgrund des angesehenen Kompetenzzentrums für Klimaforschung besonders gute Voraussetzungen, aber auch eine besonders hohe Verpflichtung, hier eine führende Rolle einzunehmen. Zudem ist die politische Akzeptanz von Massnahmen für den Umwelt-/Klimaschutz in der Stadt Bern hoch – Beispiel dafür ist etwa die Annahme der eidgenössischen Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» mit einem Ja-Stimmenanteil von 56,5 Prozent in der Stadt Bern.

---

<sup>1</sup>

[http://www.berlin.de/senuvk/klimaschutz/studie\\_klimaneutrales\\_berlin/download/KlimaneutralesBerlin\\_Machbarkeitsstudie.pdf](http://www.berlin.de/senuvk/klimaschutz/studie_klimaneutrales_berlin/download/KlimaneutralesBerlin_Machbarkeitsstudie.pdf)

<sup>2</sup> [http://kk.sites.itera.dk/apps/kk\\_pub2/pdf/983\\_jkP0ekKMyD.pdf](http://kk.sites.itera.dk/apps/kk_pub2/pdf/983_jkP0ekKMyD.pdf)

## **Motion Fraktion GFL/EVP (Lukas Gutzwiller GFL): Bern klimaneutral bis 2035 (I), Der Gebäudebestand wird klimaneutral**

Die Konferenz der kantonalen Energiedirektoren (EnDK) hat sich in ihrem Leitbild zur langfristigen Entwicklung der interkantonalen Gebäudepolitik<sup>1</sup> das Ziel gesetzt, bis 2050 die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Gebäuden auf einen Zielwert unter 20 Prozent der 1990er Emissionen zu senken. Dieser Zielwert basiert auf der Erwartung, dass Neu- und Ersatzbauten in Zukunft den Wärmebedarf nur noch geringfügig erhöhen und weitgehend CO<sub>2</sub>-neutral beheizt werden. Im Jahr 2050 sollen gemäss dem Leitbild der Kantone nur noch 10 bis 15 Prozent der Komfortwärme fossil erzeugt werden; mehrheitlich mit CO<sub>2</sub>-ärmerem Erdgas. Ölheizungen sollen nur noch in Ausnahmefällen betrieben werden. Bei bestehenden Bauten kann der CO<sub>2</sub>-Ausstoss durch Effizienzgewinne über die Gebäudehülle verbessert werden. Das wichtigste Instrument zur Bemessung der thermischen Effizienz der Gebäudehülle ist der Gebäudeenergieausweis der Kantone GEAK<sup>2</sup>. Ein gut saniertes Gebäude erreicht dabei die Effizienzklasse C. Der Bund fördert Gebäudesanierungen über das Gebäudeprogramm sowie über Steuerabzüge bei der direkten Bundessteuer. Für die Mietenden sind Gebäudesanierungen in der Regel mit Mietzinsaufschlägen verbunden, während für die Gebäudebesitzenden keine Nachteile verbunden sind<sup>3</sup>. Mit vernünftig gewählten Abschreibedauern können die Aufschläge jedoch begrenzt werden. Im Gegenzug zu den Mietzinserhöhungen profitieren die Mietenden von erhöhtem Wohnkomfort und besserem Lärmschutz.

Für die Gebäudebesitzenden sind energetische Sanierungen in der Regel ökonomisch sinnvoll und Leermieten sind nicht nötig. Die Gebäudebesitzenden fürchten aber den kommunikativen Aufwand gegenüber den Mietenden. Mit der vorliegenden Motion sollen Sensibilisierungsmassnahmen entwickelt werden, um diese Hemmnisse zu überwinden.

Der Gemeinderat wird mit dieser Motion beauftragt:

1. Sensibilisierungsmassnahmen zu entwickeln, damit bis 2035 die Hälfte des Gebäudebestandes (inklusive Mietsektor) der Stadt Bern das GEAK Niveau C erreichen wird.
2. Die Massnahmen zusammen mit den Gebäudebesitzenden so umzusetzen, dass die Mietzinsen durch die Sanierungen nicht um mehr als zehn Prozent steigen.
3. Dem Stadtrat einen Kredit für solche Sensibilisierungsmassnahmen für mietendenverträgliche Gebäudesanierungen vorzulegen.

Bern, 22.3.2018

---

1 Gebäudepolitik 2050: Ein Leitbild der EnDK zur langfristigen Entwicklung der interkantonalen Gebäudepolitik. Verabschiedet durch die Plenarversammlung vom 26. August 2016.

2 <http://www.geak.ch/>

3 <https://www.bwo.admin.ch/bwo/de/home/wie-wir-wohnen/studien-und-publikationen/energetische-sanierung---auswirkungen-auf-mietzinsen.html>

## **Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP (Franziska Grossenbacher GB, Marcel Wüthrich GFL): Bern klimaneutral bis 2035 (II): Bern startet eine Solaroffensive!**

In der Energiestrategie 2050 sieht der Bund ein erhebliches Potential zur Förderung der Sonnenenergie: Laut dem Bundesamt für Energie können bis 2050 20% des derzeitigen Strombedarfs durch Photovoltaik gedeckt werden. Erneuerbare Energien und insbesondere die Nutzung der Sonnenenergie bieten die Möglichkeit, die Stromproduktion zu dezentralisieren sowie die Produktion und den Verbrauch näher zueinander zu bringen. Das ist insbesondere in Städten interessant, wo viel Strom verbraucht wird und durch die grosse Dach- und Fassadenfläche auch ein grosses Potential für die Produktion vorhanden ist. Wenn der vor Ort erzeugte Strom direkt verbraucht wird, spricht man von Prosuming. Damit werden auch die Stromnetze entlastet.

Gemäss dem im September 2017 veröffentlichten ersten Controlling-Bericht zur Energie- und Klimastrategie 2025 beträgt der Anteil Photovoltaik (PV) am lokal in der Stadt Bern produzierten Strom nur gerade 0.8%. Gegenüber dem vom Bund geschätzten möglichen Anteil von 20% Solarenergie ist in der Stadt Bern also noch ein riesiges Potential vorhanden. Dank der Einspeisevergütung für kleine PV-Anlagen und der Möglichkeit von Eigenverbrauchsgemeinschaften sind PV-Anlagen heute praktisch wirtschaftlich.

Eine wichtige Massnahme auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt Bern ist deshalb die Lancierung einer Solaroffensive. Dabei soll die grosse Dach- und Fassadenfläche der Stadt Bern optimal zur Nutzung der Sonnenenergie verwendet werden, und alle Akteure (Stadt Bern, Mieter\_innen, Hauseigentümer\_innen, ewb, Unternehmen) sollen gemeinsam zur Zielerreichung beitragen. Beispielsweise können die Gebäudebesitzenden dazu motiviert werden, bei Dachsanierungen PV-Anlagen einzubauen. Ein Solarstromanteil von 20% am lokal produzierten Strom ist ein ambitioniertes aber greifbares Ziel.

Die Motionär\_innen anerkennen die Leistungen, welche ewb in diesem Bereich bisher erbringt (Energieberatung, Förderprogramm PV und Bewerbung von Prosuming). Zudem bestehen in der Stadt Bern z.B. mit dem Solarkataster auch gute Grundlagen. Das Tempo muss jetzt aber erhöht und die Solarenergie aus dem Dornröschen-Schlaf geweckt werden.

Die Motionär\_innen fordern den Gemeinderat auf, eine Solaroffensive zu lancieren:

1. In der nächsten Klima- und Energiestrategie ist die Zielsetzung zur Solarenergie aufzunehmen, dass der Anteil Solarenergie an der lokalen Stromproduktion bis 2035 20% betragen soll.
2. Das ewb-Reglement ist dahingehend anzupassen, optimale Rahmenbedingungen für Prosumer zu schaffen.
3. Es ist ein Konzept zur Umsetzung der Solaroffensive auszuarbeiten. Dieses soll insbesondere folgende Aspekte enthalten:
  - Prosumer in der Stadt Bern fördern: attraktive Eigenverbrauchsmodelle erarbeiten (einfache Abrechnung von Eigenverbrauch und Produktion, nicht nur bei durch ewb realisierten Anlagen und bei Abrechnung durch ewb) sowie den Weg für Kleinstprosumer freimachen („Balkon-PV-Anlagen“),
  - Bürgerbeteiligung an der Solarstrom-Gewinnung ermöglichen: Ausarbeiten von Modellen, wie Mieter\_innen zu Investor\_innen und Abnehmer\_innen von lokal produziertem Solarstrom werden können. Unterstützung von ehrenamtlichen Initiativen wie beispielsweise Sunraising ([www.sunraising.ch](http://www.sunraising.ch)),
  - Strategie erarbeiten, wie möglichst rasch alle geeigneten Dächer des Fonds- und Verwaltungsvermögens einer Solarnutzung zugeführt werden können,
  - Unternehmen und private Liegenschaftsbesitzer umfassend beraten,
  - bei Sondernutzungsplanungen spezifische Anforderungen zur optimalen Nutzung von Solarenergie einfordern (insbesondere bei neuen Arealentwicklungen sowie bei der Überarbeitung von bestehenden Überbauungsordnungen, z.B. im Rahmen von Verdichtungen).

Bern, 22.3.2018

## **Motion Fraktion GB/JAI, (Stéphanie Penher, GB): Bern klimaneutral bis 2035 (III), Umweltzonen zum Schutz von Klima und Bevölkerung**

In den letzten Monaten war eine Stadtluftanzeige des VCS an der Heiliggeistkirche montiert. Die Messdaten stammen von der BAFU-Messstation am Bollwerk. Das "Rote Quartier" der Stadt Bern, in dessen Herzen die Messstation liegt, ist mit über 22'000 Beschäftigten das Quartier mit den meisten Arbeitsplätzen in der Stadt Bern. Dazu kommen über 200'000 Ein- und Aussteiger\_innen beim Bahnhof Bern, die der gesundheitsgefährdenden NO<sub>2</sub>-Belastung ausgesetzt sind – sowie über 350 Einwohnerinnen und Einwohner.

Im betrachteten Zeitraum steigt die NO<sub>2</sub>-Belastung im Verlauf der Arbeitswoche. Am Wochenende findet nur eine leichte Entspannung der Situation statt. In Bern-Bollwerk wurde der Grenzwert für das Jahresmittel auch an den Sonntagen überschritten. Dieser Verlauf der NO<sub>2</sub>-Belastung lässt sich durch die Herkunft des NO<sub>2</sub> erklären. Über die Hälfte der Stickoxid-Emissionen stammen vom Verkehr<sup>1</sup>. Da das Verkehrsaufkommen am Wochenende geringer ist, sinkt die Belastung am Wochenende ab. Mit dem einsetzenden Berufsverkehr ab Montagmorgen steigt die Belastung wieder bis zu einem ersten Höhepunkt um 9:00 Uhr an. Tagsüber liegt sie (fast) durchgehend oberhalb des Grenzwerts für das Jahresmittel. Nach einer zweiten, durch den Abendverkehr verursachten Belastungsspitze um 19:00 Uhr sinkt die NO<sub>2</sub>-Konzentration in den Nachtstunden wieder ab.

Von den Stickoxid-Emissionen des Verkehrs entfällt wiederum fast die Hälfte auf Personenwagen. Während Benzinfahrzeuge kaum Stickoxide ausstossen, stossen fast alle aktuell erhältlichen Dieselmotoren (Abgasnormen Euro 6b oder schlechter) massiv mehr Stickoxide aus als gemäss geltenden Abgas-Grenzwerten erlaubt wäre. Die zu hohen Stickoxid-Emissionen bei Dieselmotoren tragen wesentlich zur hohen NO<sub>2</sub>-Belastung an verkehrsbelasteten Standorten bei!

Seit dem 1. September 2017 gilt die neue Abgasnorm Euro 6d TEMP, die mit einem realistischeren Prüfverfahren zu deutlich tieferen Stickoxid-Emissionen bei Diesel-Personenwagen führen soll. Die neue Abgasnorm muss jedoch nur von Modellen erfüllt werden, für die nach diesem Datum eine Typengenehmigung ausgestellt wurde. Bisher sind erst eine Handvoll Modelle erhältlich, die die neue Norm erfüllen. Erst ab dem 1. September 2019 müssen alle Neuwagen die Abgasnorm Euro 6d TEMP erfüllen. Bis sich jedoch der Bestand der Dieselfahrzeuge komplett erneuert hat, dauert es noch deutlich länger.

An stark befahrenen Strassen und in den dicht bebauten Stadt- und Agglomerationsgebieten ist die Bevölkerung von der stark gesundheitsgefährdenden Luftbelastung des Strassenverkehrs betroffen. Mit der Möglichkeit, hochemittierende Fahrzeuge von übermässig schadstoffbelasteten Gebieten fernzuhalten, soll die Bevölkerung besser vor den gesundheitsschädigenden Auswirkungen des Strassenverkehrs geschützt werden. Die Massnahme leistet zudem einen Beitrag zum Klimaschutz und setzt Anreize für einen Flottenwechsel zu emissionsärmeren Fahrzeugen.

Die Motionär\_innen fordern deshalb den Gemeinderat auf, in der Stadt Bern Umweltzonen zu schaffen, in denen Fahrzeugen (insb. Dieselfahrzeugen) mit hoher Luftbelastung zwischenzeitlich - bis die Dieselsegesetzgebung greift - ein Fahrverbot erteilt wird.

Bern, 22. März 2018

---

<sup>1</sup> [https://www.stadtluft-anzeiger.ch/fileadmin/user\\_upload\\_stadtluftanzeiger/Stickoxid/Auswertung\\_Stadtluft-Anzeiger.pdf](https://www.stadtluft-anzeiger.ch/fileadmin/user_upload_stadtluftanzeiger/Stickoxid/Auswertung_Stadtluft-Anzeiger.pdf)

## **Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP (Franziska Grossenbacher GB, Brigitte Hilty Haller GFL): Bern klimaneutral bis 2035, Austausch und Beteiligung**

Zur Zielerreichung „klimaneutrale Stadt Bern bis 2035“ können der Austausch mit anderen Städten und die Beteiligung von Unternehmen und der Bevölkerung einen wichtigen Beitrag leisten.

### **Austausch mit anderen Städten:**

Das internationale Netzwerk von Metropolen zum Thema Klimaschutz C40 wurde 2005 gegründet und zählt heute 92 Mitglied-Städte ([www.c40.org](http://www.c40.org)). Basel ist die einzige Schweizer Stadt, die Mitglied in in diesem Netzwerk ist. C40 setzt sich ein für die Vernetzung und den Austausch unter den Mitglieder-Städten, das Sichtbarmachen von Klimaschutzbemühungen, die Vereinheitlichung von CO<sub>2</sub>-Bilanzierungen um damit Vergleichbarkeit herzustellen, Lobby-Arbeit sowie Forschung im Bereich der Klimaneutralität.

### **Beteiligung von Unternehmen:**

Mit der „Klimaplattform der Wirtschaft“ verfügt die Stadt Bern über ein hervorragendes Netzwerk von Firmen, die sich für den Klimaschutz engagieren. Seit der Gründung im Jahr 2006 haben die Partnerunternehmen gemeinsam über 116'000 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Die Klimaplattform der Wirtschaft setzt sich jährlich das Ziel, gemeinsam 2000 Tonnen CO<sub>2</sub> einzusparen. Aktuell sind 62 Unternehmen in der Klimaplattform zusammengeschlossen. Um das Ziel „klimaneutral bis 2035“ zu erreichen, müssen die Berner Unternehmen jedoch noch engagiertere Massnahmen ergreifen, um den Energieverbrauch und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu verringern. Ein hilfreiches Mittel dazu wären freiwillige Zielvereinbarungen zwischen der Stadt Bern und den Unternehmen der Klimaplattform zur Reduktion des Energieverbrauchs und des CO<sub>2</sub>-Ausstosses, wie dies beispielsweise in der Stadt Berlin umgesetzt wird<sup>1</sup>.

### **Beteiligung der Bevölkerung:**

Der Klimaschutz geht aber nicht nur Politik und Firmen etwas an, sondern auch die Bevölkerung kann sich daran beteiligen. Die Stadt Karlsruhe hat beispielsweise eine Kampagne lanciert, in der sich die Einwohner\_innen im Rahmen eines freiwilligen Klimavertrags symbolisch zum Klimaschutz verpflichten. Dazu organisiert die Stadt verschiedene Aktionen, um der Bevölkerung spielerisch und motivierend einen klimafreundlichen Alltag näher zu bringen<sup>2</sup>. Denkbar wäre auch ein Klimaschutz-Wettbewerb, in dem die Bevölkerung für Massnahmen zum Klimaschutz Punkte sammeln könnte.

Die Motionär\_innen fordern den Gemeinderat auf:

1. Dem internationalen Netzwerk von Metropolen zum Thema Klimaschutz C40 beizutreten.
2. Im Rahmen der „Klimaplattform der Wirtschaft“ die angeschlossenen Unternehmen zu einer stärkeren Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses und des Energieverbrauchs zu motivieren im Rahmen von freiwilligen Zielvereinbarungen.
3. Ein Modell zur Beteiligung der Berner Bevölkerung am Klimaschutz umzusetzen, z.B. in Form von freiwilligen Klimaverträgen oder spielerisch durch einen Klimawettbewerb.

Bern, 22.3.2018

---

1 <http://www.berlin.de/senuvk/klimaschutz/aktiv/vereinbarung/index.shtml>

2 <http://www.karlsruhe-macht-klima.de/klimaschutzarchiv/klimavertrag.de>